Abend-Ausgabe

77. Jahrgang. Nr. 21 — Donnerstag, 12. Januar 1933

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 RM. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 RM. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Krisenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1054 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Industrie gegen Landwirtschaft

Eine scharfe Erklärung des Reichsverbandes

Berlin, 12. Jan. Der Reichsverband der Deutschen Industrie erklärt: „Der Reichsverband der Deutschen Industrie nimmt mit größter Empörung von den unerhörten, auch die Ehre des seiner Verantwortung voll bewußten deutschen Unternehmertums schwer verletzenden Angriffen in der gestrigen Entschließung des Vorstandes des Reichslandbundes Kenntnis, in der von der „Ausplünderung der Landwirtschaft zugunsten der allmächtigen Geldbeutelinteressen der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten" gesprochen wird.

Der Reichsverband lehnt es ab, mit den für diese Erklärung verantwortlichen Personen in eine sachliche Diskussion einzutreten. Er weist derartige, wider besseres Wissen erhobene, vaterländische Interessen auf das schwerste gefährdende Beschimpfungen eines unentbehrlichen Teiles der deutschen Wirtschaft auf das schärfste zurück.

Bei den in dieser empörenden Weise angegriffenen Industriezweigen handelt es sich gerade um diejenigen Industrien — namentlich auch in den Notstandsgebieten Sachsens, Thüringens, des Bergischen Landes und der Grenzgebiete —, deren materielle und seelische Not mindestens so groß ist wie in den Kreisen der Landwirtschaft. Der Leitung des Reichslandbundes sei gesagt, daß sie auf Granit beißt, wenn sie glaubt, die Einheitsfront der deutschen Industrie durch eine derartige Verhetzung auch nur lockern zu können. Das Vorgehen des Vorstandes des Reichslandbundes ist um so unverständlicher, als ihm bekannt ist, daß sich die Industrie in den letzten Monaten in Erkenntnis der

Schicksalsverbundenheit der beiden Berufsstände

erneut zu erfolgversprechender Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft bereit erklärt und gerade in den letzten Wochen und Tagen in gemeinschaftlicher, persönlicher Fühlungnahme um praktische, auf das Gemeinwohl abgestellte Lösungen bemüht hat — Tatsachen, die mit der Reichsregierung verantwortungsbewußte Führer der Landwirtschaft begrüßt haben.

Im Interesse des Volksganzen ist es nicht erträglich, daß die sachliche Arbeit verantwortlicher Männer durch eine tiefbedauerliche Verhetzung zur Unfruchtbarkeit verdammt wird."

Straßer war bei Hindenburg

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Jan. Von amtlicher Stelle wird heute mitgeteilt, daß der Abgeordnete Gregor Straßer in der letzten Woche vom Reichspräsidenten von Hindenburg empfangen worden ist. Für den Reichspräsidenten sei dabei der Wunsch bestimmend gewesen, sich über die Persönlichkeit des in der letzten Zeit so viel genannten nationalsozialistischen Abgeordneten zu unterrichten. Hindenburg habe jedoch davon abgesehen, sich zu den Darlegungen, die im Gregor Straßer machte, zu äußern.

Verzweiflungsstimmung in der Landwirtschaft

Die Protesterklärung des Reichslandbundes

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Jan. Das Präsidium des Reichslandbundes, das heute vormittag zusammengetreten war, nimmt zu dem von der Regierung beschlossenen Abbruch der Beziehungen zum Landbund in einer Erklärung Stellung, in der es heißt: „Die Mitteilung der Reichsregierung enthält wesentliche Lücken und Unrichtigkeiten, die geeignet sind, den wahren Tatbestand zu verdunkeln. Gerade die Tatsache, daß die bisherigen Verhandlungen mit der Reichsregierung zu keinen praktischen Folgerungen durch Ergreifen der notwendigen und möglichen agrarpolitischen Sofortmaßnahmen geführt hatten, war ausschlaggebend für

Ton und Inhalt der Entschließung des Bundesvorstandes des Reichslandbundes, die der Widerhall der Verzweiflung und Verbitterung des deutschen Landvolkes ist, das sich infolge des Ausbleibens der immer wieder versprochenen durchgreifenden Agrarmaßnahmen von der Reichsregierung im Stiche gelassen fühlt.

Dieser Stimmung öffentlich Ausdruck zu geben, war selbstverständliche Pflicht des Bundesvorstandes. Um keinen Versuch zu unterlassen, die Regierung zu den notwendigen Sofortmaßnahmen zu veranlassen, wurde im weiteren Verlauf der Bundesvorstandssitzung beschlossen, den Reichspräsidenten um einen Empfang von Vertretern des Bundesvorstandes zu bitten, um diesem persönlich

ein unmittelbares Bild von der Verzweiflungsstimmung der Landwirtschaft

zu geben. Der nachgesuchte Empfang fand umgehend durch den Reichspräsidenten persönlich in den Mittagsstunden statt.

Es ist kennzeichnend, daß die amtliche Mitteilung über diesen Besuch stillschweigend hinweggeht, denn

die bei diesem Empfang gemachten Ausführungen machten so tiefen Eindruck auf den Reichspräsidenten, daß er sich entschloß, die Vertreter des Bundesvorstandes zu einer neuen Besprechung mit dem Reichskanzler, Reichswirtschaftsminister und Reichsernährungsminister noch am selben Tage aufzufordern.

Diese Besprechung fand wenige Stunden nach dem Empfang durch den Reichspräsidenten statt. Wenn es in der amtlichen Mitteilung über diese zweite Besprechung heißt, daß durch die schon bereits getroffenen und noch beabsichtigten Maßnahmen der Reichsregierung den Wünschen der Abordnung schon so weit wie irgend möglich Rechnung getragen worden sei, so ist diese Behauptung in doppelter Beziehung unrichtig. Die Reichsregierung ist keinen Augenblick im Zweifel gelassen worden, daß die bisherigen agrarpolitischen Maßnahmen in keiner Beziehung genügten. In bezug auf die beabsichtigten agrarpolitischen Maßnahmen war lediglich in zweierlei Beziehung eine Feststellung zu erreichen. Der Reichspräsident sagte einen umfassenden Vollstreckungsschutz zu und gab dem Reichskanzler entsprechende Weisung. Der Reichskanzler seinerseits stellte eine künftige Handhabung der landwirtschaftlichen Zölle in Aussicht, die der Lage der Landwirtschaft teilweise mehr gerecht werden sollte.

Wenn jetzt die Reichsregierung die Tatsache der Veröffentlichung der Entschließung des Bundesvorstandes glaubt dazu benutzen zu sollen, die Beziehungen zum Reichslandbund abzubrechen, so erscheint das lediglich als ein Versuch, sich der Verantwortung, die die Reichsregierung gegenüber dem landwirtschaftlichen Berufsstande hat, zu entziehen, um im Dunkel der Regierungskonklaven ihren bisherigen verhängnisvollen wirtschaftspolitischen Weg fortzusetzen. Ihr Anspruch auf Vertrauen zu dieser Politik aber ließe sich nur rechtfertigen, wenn die Regierung Taten aufweisen könnte, die eine erfolgreiche Abkehr von der bisherigen verhängnisvollen Wirtschaftspolitik bringen. Daß diese bisher völlig fehlen, ist der Grund der Verzweiflungsstimmung im Lande.

Der Abbruch der Beziehungen zum Reichslandbund ist ein Beweis dafür, daß die Regierung den Notruf des Landvolkes nicht hören will oder völlig die wahre Sachlage verkennt. Der Reichslandbund wird sich dadurch nicht beirren lassen, seinen Kampf für die Gesundung der Landwirtschaft mit allen gebotenen Mitteln fortzusetzen.

Die Reichsregierung kündigt in ihrer amtlichen Mitteilung lediglich an, daß alles sachlich mögliche für die Landwirtschaft geschehen werde. Es ist nicht die erste Zusicherung dieser Art. Die Stellung des Reichslandbundes zu der Reichsregierung wird nach wie vor nicht von den Versprechungen, sondern von den Taten der Regierung bestimmt werden."

•

Die heute in Berlin verbreiteten Gerüchte, daß der Reichslandbundpräsident Graf Kalckreuth beabsichtige, sein Amt wegen des Konfliktes mit der Reichsregierung niederzulegen, entbehren jeglicher Begründung.

Ueber die Vorgeschichte des Empfanges des Reichslandbundes beim Reichspräsidenten und den Empfang selbst gibt der **„Völkische Beobachter"** folgende Darstellung: Da die Not der Landwirtschaft gerade in den letzten Tagen ungeheuerliche Formen angenommen habe, sei vom Bundesvorstand die bekannte scharfe Entschließung einstimmig angenommen worden. Im Anschluß an die Annahme sei aus der Versammlung der Provinzvertreter spontan dem Präsidium der Wunsch vorgetragen worden, daß der Reichslandbund durch seinen Präsidenten selbst beim Reichspräsidenten vorstellig werden solle. An dem Empfang hätten die Vertreter der besonders schwer bedrohten Provinzen Ostpreußen und Schleswig-Holstein teilgenommen.

Die von ihnen geschilderte Not und Verzweiflung des Landvolkes habe sichtlich tiefen Eindruck auf den Reichspräsidenten gemacht.

Unter der niederschmetternden Wirkung der nüchternen Tatsachenberichte habe der Reichspräsident nach eineinhalbstündiger Aussprache den Reichskanzler v. Schleicher, den Reichsernährungsminister Frh. v. Braun und Reichswirtschaftsminister Warmbold für 17,30 Uhr zu sich beordert, um in ihrer Gegenwart die furchtbaren Notberichte des Reichslandbundpräsidiums anzuhören. Um 17,30 Uhr habe dann auch der nochmalige Empfang des Präsidiums stattgefunden.

Der Reichspräsident habe im Anschluß an den Vortrag des Landbundpräsidiums dem Reichskanzler von Schleicher den bestimmten Auftrag erteilt, neben den von der Landwirtschaft geforderten und in kürzester Frist zu erlassenden zollpolitischen Maßnahmen noch am heutigen Tage, dem 12. Januar, in Zusammenarbeit mit dem Justiz- und Finanzministerium eine Verordnung herauszubringen, die bis zum Inkrafttreten der sonstigen erforderlichen Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft die Vertreibung der Bauern von ihren angestammten Höfen verhindere.

Die **„Deutsche Zeitung"** hebt hervor, daß sie den Schritt der Reichsregierung nicht billigen könne. Er erscheine in einem besonders merkwürdigen Lichte, wenn man wisse, daß die Vertreter des Reichslandbundes bereits während der bewußten Besprechung dem Reichskanzler v. Schleicher von dem Wortlaut der Entschließung Kenntnis gegeben haben. Die **„Kreuzzeitung"** hält die Folgen des außerordentlich tiefgehenden Konflikts für unübersehbar. In der Besprechung sei es teilweise zu erregten Auseinandersetzungen gekommen, wobei sich Präsident Kalckreuth sehr zurückgehalten habe.

Vollstreckungsschutz

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Januar. Ueber die agrarpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung erfahren wir, daß eine Verordnung, die sich mit dem landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz befaßt, fertiggestellt worden ist. Der Termin der Inkraftsetzung dieser Verordnung steht im Augenblick noch nicht fest.

Die Beratungen über diesen Gegenstand haben sich längere Zeit hingezogen, da man die Benachteiligungen, die ein Vollstreckungsschutz für die Gläubiger im Gefolge hat, nach Möglichkeit vermindern will. Der Vollstreckungsschutz soll aber ohne Verzug da zur Anwendung gelangen, wo unverschuldet in schwere Notlage geratene Landwirte sonst den Verlust ihres ganzen Anwesens zu beklagen hätten.

Innerhalb der Landwirtschaft hat es stark verstimmend gewirkt, daß die Regierung von der ihr gegebenen Ermächtigung zur Butterbeimischung noch keinen Gebrauch gemacht hat. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß in der Butterbeimischung eine hundertprozentige Erfolgsmaßnahme für die Landwirtschaft auch nicht zu erblicken sei. Wenn man der Margarine zu viel Butter beimenge, laufe man Gefahr, daß die Konsumenten schließlich überhaupt auf Butter verzichteten und sich völlig der Margarine zuwenden. Auch die übrigen außerdeutschen Länder, die die Butterbeimischung zur Margarine eingeführt haben, gingen sehr vorsichtig zu Werke, und die gleiche Pflicht ergebe sich auch für die Reichsregierung.

Sollten sich jedoch die noch im Gang befindlichen Verhandlungen mit der Margarineindustrie zerschlagen, so würde die Reichsregierung nicht zögern, von ihrer Ermächtigung Gebrauch zu machen.

Als wesentlich auf dem Margarinegebiet wird es angesehen, eine weitere Vermehrung der jetzt zu fast 80 Prozent von ausländischem Kapital kontrollierten deutschen Margarineproduktion zu verhindern. Das soll in der Weise geschehen, daß die Margarineindustrie gegebenenfalls durch staatliche Zwangsmaßnahmen auf dem gegenwärtigen Stand festgehalten wird. Man ist in der Regierung der Auffassung, daß die Margarineindustrie bei den guten Gewinnen, die sie hat, eine gewisse Belastung zugunsten der deutschen Landwirtschaft auf sich nehmen könne. Im Zusammenhang mit der Margarinefrage wird regierungsseitig darauf hingewiesen, daß sich Schutzmaßnahmen für die bäuerliche Veredelungswirtschaft in Vorbereitung befinden. Im Augenblick werden jedoch noch keine konkreten Angaben über die genannten Maßnahmen gemacht, insbesondere um sogenannte Voreinfuhren aus dem Ausland zu vermeiden. Es ist aber damit zu rechnen, daß angesichts der katastrophalen Verhältnisse in der bäuerlichen Veredelungswirtschaft von der autonomen Zollberechtigung Gebrauch gemacht werden wird, vor allem auch deshalb, weil andere Länder sich vor einer deutschen agrarischen Einfuhr völlig absperren und ihre landwirtschaftliche Produktion zu einem beträchtlichen Teil auf den deutschen Markt werfen.

Gegenüber anderslautenden Darstellungen wird von unterrichteter Seite noch einmal mit aller Entschiedenheit unterstrichen, daß die Entschließung des Reichslandbundes, durch die der Konflikt heraufbeschworen wurde, weder dem Reichspräsidenten, noch den Mitgliedern der Reichsregierung vor der gestrigen Konferenz beim Reichspräsidenten bekanntgewesen ist. Der Reichskanzler fand sie erst auf seinem Schreibtisch vor, als er von der Konferenz kam. Auch bei dem ersten Empfang ist von der Entschließung mit keinem Wort die Rede gewesen, so daß der Reichspräsident vollkommen überrascht war, als er sie am Abend kennenlernte.

SLUB
Wir führen Wissen.